

"Kein Platz für das Prinzip Hoffnung" : Interview

Autor(en): **Flury, Christoph / Münger, Kurt / Schmid, Samuel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und
Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz**

Band (Jahr): **1 (2008)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-357845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sicherheitsbilanz des obersten Bevölkerungsschützers

«Kein Platz für das Prinzip Hoffnung»

Bundesrat Samuel Schmid ist als Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS auch Bevölkerungsschutz-Minister. Den Bevölkerungsschutz weiterentwickeln, das heisst für ihn die Sicherheit der Schweiz gewährleisten. Ein Interview.

Redaktion Bevölkerungsschutz: In wenigen Tagen werden Sie in Basel die Fussball-Europameisterschaft eröffnen. Welche Rolle spielt der Bevölkerungsschutz bei diesem Anlass?

Bundesrat Samuel Schmid: Die Euro 08 ist für das ganze Departement eine Herausforderung. Alle drei Departementsbereiche sind massgeblich in die Vorbereitung und Durchführung dieses Grossanlasses involviert und somit im Fokus einer weltweiten Öffentlichkeit.

Der Bevölkerungsschutz ist mit seinen Partnerorganisationen allgegenwärtig: Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz sind in den

Austragungsorten und Kantonen im Einsatz. Auf Bundesstufe stehen die Nationale Alarmzentrale als Melde- und Lagezentrum und das LABOR SPIEZ mit Bereitschaftsteams für die Bewältigung von ABC-Ereignissen im Einsatz. Beim Zivilschutz habe ich auf nationaler Ebene rund 18 000 Einsatztage bewilligt.



Bundesrat Samuel Schmid steht den Interviewern des BABS Red und Antwort.

Am Beispiel der Euro 08 zeigt sich deutlich, dass der Bevölkerungsschutz unentbehrlich ist. Seine Aufgaben gehen weit über das hinaus, was bei Katastrophen und Notlagen von ihm erwartet wird.

Diese Aufgaben sind seit vier Jahren im Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz festgelegt. Hat sich die Reform in Ihren Augen bewährt?

Davon bin überzeugt! Ich will es einmal negativ ausdrücken: Ich habe keine grundsätzlichen Reklamationen

der Kantone – und das ist in einem föderalistischen System ein wesentlicher Indikator. Wenn etwas nicht in Ordnung ist, dann kommen solche Reaktionen nämlich sehr rasch und deutlich.

Und wenn Sie es positiv ausdrücken?

Insbesondere die Unwetterkatastrophen und Hochwasser in den Sommern 2005 und 2007 haben mir in der Praxis bestätigt, dass unser Land in Notlagen auf einen gut funktionierenden Bevölkerungsschutz zählen kann. Im Ausland beneidet man uns darum.

Ich glaube auch, dass die Grundlagen stimmen: Der Bevölkerungsschutz entspricht mit seiner dezentralen Funktionsweise dem schweizerischen Föderalismus und dem Subsidiaritätsprinzip. Das heisst im Übrigen nicht, dass in Einzelheiten nicht Verbesserungsbedarf besteht. Aber das ist normal, das haben wir bei jedem Gesetz.

Wie beurteilen Sie die weitere Entwicklung der Bedrohungslage mit Blick auf den Bevölkerungsschutz?

Im Grundsatz sind sich alle einig, dass die Gefahren diffuser werden. Ich spreche etwa von der unkontrollierten Verbreitung von ABC-Kampfstoffen und der Raketentechnologie. Ich denke aber auch an andere Gefährdungen: an die Abhängigkeit von Energielieferungen, an den Ausbruch von Epidemien oder Pandemien oder an den Klimawandel. Ausfälle von Infrastrukturen können in unserer vernetzten und hochkomplexen Gesellschaft weit reichende, grenzüberschreitende und unmittelbar eintretende Folgen zeitigen. Daraus muss man den Schluss ziehen, dass die Gefährdung der Bevölkerung zugenommen hat. Es liegt also auf der Hand, dass die Bedeutung des Bevölkerungsschutzes in Zukunft steigen wird.



Der oberste Bevölkerungsschützer macht sich im August 2005 ein Bild des Geschehens in Werthenstein LU.

Es gibt aber Stimmen, die Kürzungen und Verzicht von Leistungen des Bevölkerungsschutzes, insbesondere des Zivilschutzes, fordern.

Ja. Auf meiner Stufe zeigt sich das Problem natürlich besonders bei den Finanzen. Jährlich wird mir am Budget herumgedoktert. Für die Werterhaltung der Schutzanlagen sind wir beispielsweise bereits unter dem Soll.

Wenn man die Analyse teilt, aber nicht bereit ist, die Konsequenzen zu ziehen, dann gibt mir das zu denken. Ich stelle diesen Widerspruch bei vielen Medien fest, auch bei einem Teil der Bevölkerung und der Politik. Eine solche Haltung setzt auf das Prinzip Hoffnung. Dieses hat in meiner Sicherheitsbilanz keinen Platz. Ich will, dass wir vorbereitet sind!

Ich bin froh um jeden, der eins und eins zusammenzählt und dabei auf zwei kommt. Es geht letztlich darum, die Bevölkerung zu schützen, sie zu versorgen, Menschenleben zu retten. Wir müssen deshalb in der Lage sein, Infrastrukturen intakt zu halten. Dafür brauchen wir den Bevölkerungsschutz und die Armee!

Im Gegenzug fordern manche ein stärkeres Engagement des Bundes – besonders finanziell.

Sicherheit ist nicht einfach eine Angelegenheit des Bundes, sie ist in erster Linie eine Angelegenheit vor

Ort. Sicherheit realisiert sich letztlich in der Familie und in der Gemeinde. Ich kann es plakativer sagen: Sicherheit ist ein Problem der Praxis, nicht der Theorie. Und diese Praxis findet zur Hauptsache in den Kantonen und in den Gemeinden statt.

Dazu kommt noch etwas anderes: Wenn ich die finanzielle Situation von Bund und Kantonen anschau, dann sind die Kantone besser dran als der Bund.

Sie halten also die föderalistische Lösung für die richtige?

Ich stehe voll und ganz zu unserem föderalistischen System. Gerade deshalb betone ich die Pflichten der Kantone: In Friedenszeiten ist es in erster Linie ihre Aufgabe, für Sicherheit zu sorgen. Und all die Risiken, von denen wir hier sprechen, treffen uns in Friedenszeiten. Die Kantone sind verpflichtet, die erforderlichen Mittel für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen auf ihrem Gebiet sicherzustellen. Der Bund ergänzt nur, wo nötig. Er koordiniert, er bildet aus und stellt nötigenfalls spezielle Leistungen, etwa im ABC-Schutz, bereit.



Bundesrat Samuel Schmid: «Ich gehöre zu den überzeugten Anhängern der Miliz.»

Hören wir hier neben dem Lob eine kleine Kritik heraus?

Das System funktioniert gut. Ich nehme aber schon wahr, dass das Engagement und die Zivilschutzmodelle in den Kantonen unterschiedlich sind. Bei einem Kanton wurde mir vor Kurzem gemeldet, dass dessen Bestand des Zivilschutzes massiv reduziert worden sei. Dies hätte den Effekt, dass die subsidiäre Hilfe der Armee viel früher angefordert werden müsste, als dies in anderen Kantonen der Fall ist. Werden die Lücken in einzelnen Kantonen zu gross, kann dies rasch das Funktionieren des Gesamtsystems in Frage stellen. Damit kann ich nicht einverstanden sein. Ich muss eine gewisse Gerechtigkeit zwischen den Kantonen durchsetzen. Die Kantone müssen ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Aufgaben erfüllen.

Der Bevölkerungsschutz muss immer anspruchsvollere Aufgaben wahrnehmen. Ist das Milizprinzip heute noch zeitgemäss?

Ich gehöre zu den überzeugten Anhängern der Miliz. Ich wehre mich konsequent dagegen, dieses Prinzip aufzugeben. Es gibt keine Alternative, die uns mit gleichen Mitteln eine ähnliche Effizienz gewährleistet. Die Verankerung im Volk bringt grosse Vorteile mit sich, indem sie Vertrauen und Nähe schafft und es ermöglicht, zivile Kompetenz und Know-how direkt zu nutzen. Allerdings heisst das auch, dass eine gewisse Opfer- und Leistungsbereitschaft vorhanden sein muss. Im Bevölkerungsschutz sind wir nach meiner Beurteilung noch in einer guten Situation: Die Leistungsbereitschaft ist doch relativ weit verbreitet. Ich selbst komme ja aus ländlichen Verhältnissen, dort gibt es noch einen Stolz darauf, in der Feuerwehr zu sein, und beim Zivilschutz

ist es ähnlich. Bei Unwettern packen die Leute an, sie gehen teilweise sogar erhebliche Risiken ein. Grössere Probleme haben wir bei der Verfügbarkeit der Kader – auch in der Armee. Aber ich glaube nicht, dass es verantwortlich wäre, deswegen das System zu ändern. Ein Beispiel: Zur Durchführung der Sicherheitskonferenz in München setzt Deutschland 3000 bis 5000 Personen ein, vorwiegend Polizisten. Deutschland rekrutiert aus 240 000 Polizisten. Wenn wir in der Uno-Stadt Genf eine Konferenz durchführen, ist unser Kräfteansatz gleich gross. Aber rekrutieren können wir Polizisten aus einem Bestand von nur 16 000. Deshalb brauchen wir ein Reservoir an Leuten, das sich relativ flexibel einsetzen lässt. Wenn wir dann noch die Durchhaltefähigkeit über eine längere Zeit ins Auge fassen, wird der Bedarf noch klarer: Das ist alles nur mit Milizstrukturen möglich.

Lässt sich das Milizsystem ausweiten zu einem umfassenderen Dienstpflichtsystem?

Der Bundesrat hat sich im letzten Jahr in seinem Bericht zur Wehrgerechtigkeit gegen die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ausgesprochen. Eine allgemeine Dienstpflicht führt nicht automatisch zu mehr Gerechtigkeit. Die obligatorische Dienstleistung würde auf Bereiche ausgedehnt, die sich auch auf freiwilliger Basis und über den Arbeitsmarkt abdecken lassen.

Der Bevölkerungsschutz wird von aussen etwas als «der kleine Bruder» der Armee wahrgenommen.

Da ist der Bevölkerungsschutz selbst gefordert. Er muss sich mehr und besser zeigen. Und als Vertreter des Bevölkerungsschutzes darf das BABS selbstbewusst auftreten. Die eigene Position muss man auch reklamieren!

Eine wichtige Rolle spielt das BABS bei der Weiterentwicklung der Nationalen Sicherheitskooperation. Was erwarten Sie davon?

Mit der Nationalen Sicherheitskooperation meine ich die Vernetzung der sicherheitspolitischen Instrumente und Mittel, das planmässige Zusammenspiel des gesamten Sicherheitsverbundes. Wir haben viele hervorragende Elemente in der gesamten Sicherheitsarchitektur. Wie aber in Friedenszeiten erreicht wird, dass alle diese einzelnen Elemente zeitgerecht aktiviert und wirksam werden, das müssen wir noch richtig lernen, das müssen wir verbessern.

Das BABS ist prädestiniert, hier eine gewisse Führung und die Koordination zu übernehmen. Ich bin mir allerdings durchaus bewusst, dass diese Zusammenarbeit beim Bund nicht immer einfach ist; es gibt leider in manchen Bereichen Mauern zwischen den Departementen. Dennoch ist das Ganze aktiv, initiativ und selbstbewusst anzugehen.

Wo sehen Sie Optimierungen und wie sehen Sie die Rolle des BABS?

Es gilt, die Krisenorganisation des Bundes, das heisst speziell die Führungsstruktur, zu verbessern. In diesem Bereich sind wir noch nicht klar mit den Schnittstellen. Das betrifft das BABS direkt mit der Nationalen Alarmzentrale oder auch den Stab Sicherheitsausschuss Bundesrat.

Den Stab Sicherheitsausschuss Bundesrat habe ich geschaffen, weil ich eine Struktur brauche, um das interdepartementale Organ der Lenkungsgruppe Sicherheit zu führen. Nun hat man diesen Stab aber auch als eine Art Anschubstab für die Bildung eines operativen Krisenmanagementorgans definiert. Ich will auch ein solches permanentes Organ schaffen: einen Stab, der ein Lagebild Schweiz generiert; einen Stab, der im Krisenfall den Bundesrat respektive das Departement, welches je nach Ereignis den Lead übernehmen muss, sofort unterstützen kann. Wenn das nämlich im Krisenfall noch aufgebaut werden muss, dann sind wir sicher zu spät. Hier sehe ich eine Aufgabe, die möglicherweise einmal Teil des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz werden könnte.

Sie haben kein Geheimnis daraus gemacht, dass Sie ein Sicherheitsdepartement schaffen möchten.

Es geht mir nicht darum, die Aufgabe Sicherheit exklusiv in einem Departement anzusiedeln. Sicherheit ist letztlich immer eine interdepartementale Aufgabe. Es geht ganz einfach darum, die Bereitschaft zu verbessern. Wir haben uns so vorzubereiten, dass wir den Auftrag erfüllen können.

Ich komme nochmals auf das Beispiel der Einsatzorganisation zurück: Der Bund hat viele verschiedene Sonder- und Krisenstäbe; einmal sagte man mir 23, einmal auch über 40. Ich will nicht alle Fachaufgaben, die von diesen Stäben bearbeitet werden, in einem Departement zentralisieren. Meine Idee ist, dass ein Departement eine Art Leadfunktion übernimmt. Damit trägt es eine gewisse Verantwortung – und dazu gehört auch eine gewisse Weisungskompetenz.

Herr Bundesrat, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview: **Christoph Flury** und **Kurt Mürger**,
Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS